

chen, bedankten sich für die genossene Gastfreundschaft mit der Bitte, vor dem Abschied noch eine am Schluß des Dinners ihnen angebotene Flasche Krim-Sekt leeren zu können.

Der Wunsch wurde sofort erfüllt. Bevor der sowjetische Protokollbeamte die drei nach allen Regeln der Etikette durch die doppelte Absperrung hinausbegleitete, protesteten die Westjournalisten mit ihrem sowjetischen Gastgeber ausgiebig. Beim Klirren der Sektgläser versicherten sie ihm spontan, daß unter solchen Aspekten Karlshorst ein durchaus geeigneter Tagungsort für die vier Außenminister sein könne. Das Kompliment wurde von dem Russen mit einer zweiten Flasche Sekt und mit der Feststellung erwidert: „Karlshorst karascho (Karlshorst ist gut).“

Genau diese Ansicht hatte auch der sowjetische Verhandlungskommissar Ser-

brochen. Bei aller Härte in der Sache und der üblichen Bindung des Sowjetdelegierten an eine eng begrenzte Verhandlungsdirektive war die Diskussion niemals bitter. Einmal wurde sogar der Vorschlag gemacht, der Einfachheit halber das Konferenzgebäude auszuwürfeln. Sowjet-Dengin tat in den Verhandlungspausen alles, um sein „Njet“ am Konferenztisch vergessen zu machen, zu dessen Ankündigung er jedesmal seine Brille abnahm.

Neben diesem stereotypen „Njet“ zeigt sich ein weiterer voraussehender Komplex. Dieser Komplex kann die Viererkonferenz von Anfang bis Ende belasten: Reibungen innerhalb des westlichen Konferenz-Apparates.

Zum erstenmal traten sie am Nachmittag des abgebrochenen vierten Sitzungstages auf, als der zierliche amerikanische Berliner Informationschef Elmer Cox noch

Gerüchts, das bei Nachfragen von keinem Verhandlungsteilnehmer bestätigt wird; die angebliche Weigerung der Westmächte, die kalte Pracht der neuen Sowjetbotschaft Unter den Linden als Tagungsort zu akzeptieren. Angeblich sollte damit die sogenannte Deutsche Demokratische Republik (bei der die Sowjetbotschaft formell akkreditiert ist) durch die Westmächte zum erstenmal de facto anerkannt werden.

Nach dem Gehalt solcher Kombinationen befragt, weisen US-Diplomaten sie als Spitzfindigkeiten mit dem Hinweis von der Hand, daß ihre Chefs einschließlich der wechselnden Hochkommissare seit Jahren offiziell zu Semjonow in dieses Gebäude gegangen seien.

So wird es im Endeffekt doch dazu kommen, daß die vier Außenminister sich abwechselnd in West- und Ost-Berlin zusammensetzen. Molotow wird wohlbehütet durch einen stark gesicherten Korridor in das neutralisierte Kontrollratsgebäude fahren, wenn die Sitzungen in Westberlin stattfinden.

Überraschenderweise ist er selber der besonderen Sorge Bonns entgegengetreten, der Wiedereinzug der Besatzungsmächte in das bauliche Symbol der Potsdamer Konferenz könnte ein Zurück-zu-Potsdam präjudizieren. In einer bisher kaum beachteten sowjetischen Sprachregelung ist für alle östlichen Verlautbarungen vorgeschrieben, in Verbindung mit der Viermächte-Konferenz vor die Bezeichnung „Kontrollratsgebäude“ das Wort „ehemalig“ zu setzen.

## OST-BERLIN

### Russen kamen

Mit Fieber liegt der Oberbürgermeister von Ostberlin, Friedrich Ebert, im Krankenbett. Er hat sich beim Walzertanz auf dem Ostberliner Neujahrsmarkt im Lustgarten („Marx-Engels-Platz“) erkältet. Ebert brachte dieses Opfer in getreuer Soll-Erfüllung eines internen Plans des Zentralkomitees der SED, in dem es heißt:

„Es muß jetzt alles versucht werden, Friedrich Ebert als rettende Hand Gesamtberlins dem blassen und ausdruckslosen Westberliner Bürgermeister Schreiber gegenüberzustellen. Reuter besaß zu viel obskure Popularität... Jetzt aber ist die Stunde da, unseren Genossen Ebert als die führende Persönlichkeit Gesamtberlins zu feiern.“

Der Hausdichter der FDJ, Rainer Kernld, bekam schon den Auftrag, eine Biographie über Ebert, den „bedeutenden Sohn eines großen Vaters“, zu schreiben, die Ostberliner Illustrierten bringen laufend Ebert-Photos in Großformat, und Eberts Name wird unter Verordnungen gesetzt, die zur „Verbesserung der Lebenshaltung“ erlassen werden.

Diese neue Blähung des Ostberliner Persönlichkeitskults verfolgt den Zweck, den Sohn des Präsidenten der ersten Republik für den Fall von gesamtdeutschen Ost-West-Gesprächen als relativ unbelasteten Verhandlungspartner halbbürgerlicher Prägung hoffähig zu machen. Außerdem soll der gemäßigte Ebert „im Sinne der Aktionseinheit“ Verbindungen zu Westberliner und westdeutschen Sozialdemokraten kneten.

Er richtete bereits handgeschriebene und hektographierte Briefe an führende SPD-Mitglieder und lud kürzlich sogar Westberliner SPD-Funktionäre zu einer Kaffeetafel nach Ostberlin ein. Er folgte damit einem Brauch, den er vor seiner Berufung als Ostberliner Oberbürgermeister in seiner Privatwohnung in Potsdam-Babelsberg häufig praktiziert hat. (An



„Gegenstück zu Reuter“: SED-Ebert beim Lustgarten-Tanz

geij Dengin während der ersten vier Sitzungen der insgesamt fast dreißig Stunden währenden kleinen Berliner Vorkonferenz mit russischer Sturheit vertreten\*.

Vier Tage lang hatte die Vorkonferenz sich zäh mit vier Diskussionspunkten abgequält:

- Sowjetischer Vorschlag: Einladung, alle Konferenzen in Ostberlin abzuhalten;
- westlicher Gegenvorschlag: Der jeweils Vorsitzende des Konferenztages bestimmt den Tagungsort;
- sowjetischer Gegenvorschlag: erste Tagung in Westberlin, zweite Tagung in Ostberlin, dann Beschluß der Außenminister über die weiteren Tagungsorte;
- westlicher Gegenvorschlag: Die Außenminister können sich mit derartigen Kleinigkeiten nicht befassen, die Kommandanten müßten zu einer Einigung kommen.

In diesem verzwickten Stadium wurde das unfruchtbare Gespräch auf Vorschlag des US-Sektoren-Kommandanten unter-

während der laufenden Verhandlungen die ungeduldig wartenden amerikanischen Journalisten zusammentrommelte. Ohne Abstimmung mit seinen britischen und französischen Kollegen George Turner und Alex Degosson gab Cox hierbei die Sprachregelung aus, die Verhandlungen müßten als gescheitert angesehen werden, wenn an diesem Tage keine Einigung unter den Kommandanten zustande käme.

Dieses einseitige Vorgehen, von dem selbst der amerikanische Stadtkommandant Timberman im Konferenzzimmer nichts wußte, brachte Coxens Kollegen in die Verlegenheit, die aufgescheuchte britische und französische Presse zu beruhigen und auch die Amerikaner selber zu einer späteren beschwichtigenden Erklärung zu veranlassen. Der Ärger über dieses amerikanischen Vorprellen war aber gleichsam nur ein Vorbote des Alldrucks, der die kleineren Alliierten der USA schon jetzt befällt, wenn sie an die Presse-Unterrichtung während der Konferenz denken.

So bildet die Unterrichtung der Öffentlichkeit einen Streitpunkt unter den Westmächten, bevor noch die Beteiligung der Sowjets an dem zu bildenden Informationskomitee überhaupt geregelt ist.

Zu amerikanischen Presse-Kombinationen gehörte bisher auch die Verbreitung eines

\* Inhalt der Kommandanten-Besprechungen waren 1. Tagungsort, 2. Sicherungsmaßnahmen, 3. Pressebehandlung für die Außenminister-Konferenz.

Eberts Kaffeetafeln durfte offen diskutiert und auch auf die Russen geschimpft werden)

Eberts Berufung zum Oberbürgermeister von Ostberlin im November 1948 hat eine merkwürdige Vorgeschichte: Er hatte sich eigentlich zusammen mit seinem Freund, dem ehemaligen SED-Politbüro-Mitglied Erich W. Gniffke, nach Westen absetzen wollen, wurde aber zu spät von Gniffkes plötzlichem Aufbruch benachrichtigt.

Wenige Tage später bekam Ebert Russenbesuch. Er rechnete fest damit, verhaftet zu werden, doch die Sowjets überbrachten ihm den Bescheid, daß er zum Oberbürgermeister von Ostberlin auszuweichen sei.

## VULKAN-AKTION

### Der Hauptverbandsplatz

Unter den vielen Glückwünschen, die den Bundesanwalt Max Güde, 52, vom Bundesgerichtshof in Karlsruhe zum neuen Jahr erreicht haben, ist auch ein Telegramm folgenden Inhalts gewesen:

- Empfehle Ihnen den charmannten Film „Hokuspokus“ von Curt Götz — Ninotschka.

„Hokuspokus“ persifliert eine Gerichtsverhandlung, „Ninotschka“ ist der Greta-Garbo-Film um sowjetische Agenten, und Bundesanwalt Max Güde hat die Anklage in der „Vulkan“-Affäre vertreten, jener Aktion, die im April 1953 mit der „schlagartigen“ Verhaftung von drei Dutzend Leuten begann, die angeblich „Spitzen der größten sowjetischen Geheimaktion“ sein sollten, „die nach 1945 im Westen erkannt und unschädlich gemacht worden ist“.

Heute sitzen noch ganze vier der damals Verhafteten hinter Gittern; der Unbedeutendste von allen, Hans Bugenhagen, wurde vorletzte Woche zu einem Jahr neun Monaten Gefängnis verurteilt, die anderen drei sind in Untersuchungshaft. Gegen neun „Vulkan“-Leute soll noch verhandelt werden. Bundesanwalt Güde meint: „Ob es aber bei allen neun zur Verurteilung reicht, weiß ich nicht.“

Das ist das vorläufige Fazit jener Aktion, über die bei ihrem Beginn von Vizekanzler Franz Blücher gesagt worden war, es sei für die gesamte Bundesrepublik einigermaßen beruhigend, daß sichtbar geworden sei, wie die von der Regierung geschaffenen Organe voll wirksam geworden seien, und daß wieder von der Kenntnis der Vorgänge und der Sicherheit der inneren Ordnung gesprochen werden könne.

Das Bundesinnenministerium veröffentlichte stolz gleich eine Liste mit Namen von Verhafteten. Daß einige Namen von „Vulkan“-Leuten trotzdem bis heute noch nicht öffentlich genannt sind, ist nur einem Zufall und der professionellen Verschwiegenheit der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe zu danken.

Zu dem Zeitpunkt, zu dem Franz Blücher mit seiner „Vulkan“-Geschichte groß herauskam, war Kanzler Konrad Adenauer gerade auf Staatsbesuch in Amerika. Das Zuspinnen von Handschellen um die Handgelenke angeblicher sowjetischer Spione in Westdeutschland war eine eindrucksvolle Bekräftigung jener Passage des Adenauer-Eisenhower-Kommuniqués, die sagt, daß die freien Völker des Westens in ihrer Wachsamkeit nicht nachlassen würden (SPIEGEL 16/1953).

Das merkwürdige zeitliche Zusammentreffen von Adenauers USA-Besuch und der „Vulkan“-Aktion hatte denn auch zu allerlei Vermutungen in der Öffentlichkeit geführt, zumal die Verhafteten nach und nach wieder auf freien Fuß gesetzt wur-



Irrtümer zugegeben  
„Vulkan“-Bundesanwalt Max Güde

den. Der Oberbundesanwalt Dr. Carl Wiechmann tat im Mai 1953 schließlich etwas, was er seit Errichtung des Bundesgerichtshofes im Oktober 1950 noch niemals getan hatte: Er berief eine Pressekonferenz ein. Die Vorwürfe, daß in der Entwicklung des „Vulkan“-Verfahrens nicht nach rechtsstaatlichen Grundsätzen verfahren worden sei, wies er zurück, soweit sie seine Behörde und ihn selbst betrafen, sagte Wiechmann.

Tatsächlich hat sich heute, da sich die ganze Aktion endlich rekonstruieren läßt, herausgestellt, daß diese Vorwürfe auch an andere Adressen gerichtet werden müssen.

Bis zum September 1952 hatte in Frankfurt am Main der SED-Funktionär Ludwig



Spion im Vorbereitungsdienst  
„Vulkan“-Verurteilter Hans Bugenhagen

Weis als Leiter der sowjetischen „Außenstelle für innerdeutschen Handel“ amtiert. Dann wurde er verhaftet. Er hatte aber bis dahin mit westdeutschen Kaufleuten über Interzonengeschäfte verhandelt.

So war er beispielsweise auch viermal bei dem Direktor Wilhelm Bentele, Geschäftsführer der „Vereinigten Bekleidungswerke R. & A. Becker G. m. b. H.“ in Stuttgart, gewesen. Ein Geschäft kam nicht zustande. SED-Weis veranlaßte aber doch, daß beim „Institut für Wirtschaftswissenschaftliche Forschungen“ in Ostberlin, einem Wirtschaftsspionagedienst, eine Karteikarte über Bentele angelegt wurde, die eine „Brauchbarkeitsbescheinigung“ enthielt.

In diesem Ostberliner Institut saß ein kleiner Angestellter, der sich Kraus nennt. Dieser Kraus hielt den Gründonnerstag im letzten Jahr, den 2. April, für den geeigneten Zeitpunkt, um sich nach dem Westen abzusetzen. Vor dem Dienstag nach Ostern, sagte er sich, würde sein Verschwinden wegen der Osterfeiertage nicht bemerkt werden. Er packte sich also Gründonnerstag zwei Aktenmappen voll Unterlagen des Instituts zusammen und lief eine Stelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz an. Unter dem Material fanden sich neben vielem anderen auch Angaben über Bentele.

Kraus wurde sofort zehn Stunden verhört. Über Einzelheiten sagt der „Vulkan“-Untersuchungsrichter Landgerichtsdirektor Dr. Weber: „Die erste Vernehmung des Kraus vor den („Vulkan“-) Verhaftungen stand unter starkem Zeitdruck. Die vernehmenden Beamten waren fachlich nicht genügend geschult, um die notwendige Trennung zwischen Tatsachen und Folgerungen bei der Vernehmung des Kraus zu ziehen.“

Kraus hatte sein Material etwas aufgepulvert, und die Verfassungsschützer hatten es ihm so abgekauft. Wenn am Dienstag nach Ostern das Verschwinden des Kraus in Ostberlin bemerkt werden würde, hätte das Institut Warnungen an seine Agenten in der Bundesrepublik hinaus schicken können, fürchteten sie.

Der Bundesanwaltschaft standen angesichts dieser Sachlage 36 Stunden zur Verfügung, um die Angaben des Kraus, die er vor dem Verfassungsschutz gemacht hatte, notdürftig zu überprüfen. „Diese erste Überprüfung mußte mangelhaft sein“, sagt Bundesanwalt Max Güde.

Am Donnerstag nach Ostern (9. April), eine Woche nach dem Verschwinden des Kraus aus dem Ostberliner Institut, klingelte es um sechs Uhr früh bei Bentele in der Stuttgarter Lessingstraße 19. Wie in einigen dreißig anderen Fällen zeigten die Kriminalbeamten einen vielfältigen Hausdurchsuchungsbeschuß des Bundesgerichtshofes vor und machten sich trotz des zunächst verschlafenen und dann sehr lebhaften Protestes der Frau Hilde Bentele an die Arbeit.

Das wenige Zeit später geführte Telefongespräch zwischen Hilde Bentele und ihrem Mann Wilhelm Bentele in einem Essener Hotel war nur kurz. „Schatzi, du spinnst“, antwortete der Gatte am anderen Ende der Leitung auf die Schilderungen seiner Frau hin und legte den Hörer auf. Sie rief ihn dann noch mehrere Male an, bis am Nachmittag das Hotel erklärte, sie könne nicht mehr verbunden werden, ihr Mann sei in Begleitung von zwei Herren weggegangen.

Einen Tag später, am Vormittag des 10. April, gab Vizekanzler Franz Blücher sein bis dahin wichtigstes Telegramm auf. Er meldete dem in Amerika weilenden Bundeskanzler unter „Geheim“ das Anrollen der Aktion „Vulkan“. Er hatte er-